

**Ausschussbetreuender Bereich
BM-2/ Zentrale Stelle für Anregungen und Beschwerden**

Drucksachen-Nr.

0374/2010

öffentlich

**Ausschuss für Anregungen und Beschwerden
Sitzung am 16.09.2010**

Antrag gem. § 24 GO

Antragstellerin / Antragsteller

Wird aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht bekannt gegeben

Tagesordnungspunkt A

**Beschwerde vom 05.05.2010 auf Abriss der städtischen Notunterkünfte
Hoppersheider Busch 9 und 9a**

Die Beschwerde ist beigelegt.

Stellungnahme des Bürgermeisters:

Beschwerden über eine Beeinträchtigung der Anwohner der städtischen Notunterkünfte Hoppersheider Busch 9 und 9a sowie früher auch Hoppersheider Busch 11 und 11a sind in den vergangenen Jahren gegenüber der Verwaltung immer wieder vorgetragen worden, insbesondere von der Beschwerdeführerin des aktuellen Vorganges nach § 24 GO NRW. Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden befasste sich schon einmal, in seiner Sitzung am 01.12.2004, mit der Angelegenheit, nachdem die Situation in den Vormonaten erheblich eskaliert war. Der Ausschuss überwies den Vorgang an den damaligen Sozialausschuss, der die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis nahm. Schon damals wurden von dieser Maßnahmen zur Entschärfung vorgetragen, die zum größeren Teil bis heute Bestand haben. Die damals noch bestehenden Unterkünfte 11 und 11a wurden inzwischen abgerissen. Belegt werden demgemäß nur noch die Gebäude 9 und 9a, und auch dies nach wie vor nur extensiv.

Dem aktuellen Vorgang nach § 24 GO NRW sind unter dem 12.08.2009 und 16.04.2010 drei Beschwerden (eine unter dem erstgenannten und zwei unter dem zweitgenannten Datum) vorausgegangen, die allesamt durch die Zentrale Stelle für Anregungen und Beschwerden beantwortet wurden. Das letzte Antwortschreiben wurde von Bürgermeister Urbach persönlich unterzeichnet. Die Verwaltung hat in ihren Antwortschreiben immer wieder darauf abgestellt, dass sie zwar sehr viel Verständnis für die Belange der Anwohner der Notunterkünfte aufbringe, dennoch auf eine Nutzung der Gebäude zur Unterbringung einer zugegebenermaßen problematischen Klientel nicht verzichten könne.

In seiner Sitzung am 22.06.2010 hat sich der Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann als Nachfolgegremium des ehemaligen Sozialausschusses aufgrund eines Antrages der FDP-Fraktion vom 29.04.2010 mit der Situation um die städtischen Notunterkünfte Hoppersheider Busch 9 und 9a befasst. Einschließlich der Antragsteller nahmen alle Ausschussmitglieder die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Verwaltung bekräftigt noch einmal, alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, um Beeinträchtigungen der Anlieger der Notunterkünfte so gut es geht zu minimieren. Ein Abriss wie gefordert kommt allerdings nicht in Betracht. Auf unabsehbare Zeit ist die Stadt Bergisch Gladbach darauf angewiesen, hilfesuchenden Einzelpersonen eine Unterkunft zuweisen zu können, wenn sie hierum ersuchen. Auf Grund der angespannten Haushaltslage ist die Neuerichtung alternativer Unterkünfte an anderer Stelle derzeit nicht möglich.